

Daten [p]lage

Klimabonus für Verstorbene, Strompreisbremse für Millionäre: Die Anti-Teuerungsmaßnahmen sind nicht treffsicher.
Als Ausrede dient der Datenschutz VON CHRISTIAN BARTLAU

Der gute Vorsatz hielt nur wenige Monate. »Breit entlasten, ohne die klassische Gießkanne zu verwenden«, so beschrieb ÖVP-Bundeskanzler Karl Nehammer im Juni die Ausrichtung der Anti-Teuerungspakete der schwarz-grünen Regierung. Anfang September beschloss das Kabinett schließlich die »Strompreisbremse«. Für jeden Haushalt, egal ob vermögender Single mit Zweitwohnsitz oder Großfamilie in akuter Finanznot. Zeitgleich trudelten die ersten 500 Euro für Klimabonus und Teuerungsausgleich auf den Konten ein. Anspruchsberechtigt: jeder, der zum Stichtag 183 Tage lang im Land gemeldet war, also 350.000 Millionäre genauso wie 200.000 Mindestpensionisten. Und, zum Unmut von FPÖ und Teilen der ÖVP, auch Asylwerber. Steuergeld für alle, ob bedürftig oder nicht – ein klassischer Fall von Gießkannenpolitik.

Dazu kommen Pannen bei der Auszahlung: Auch verstorbene Personen erhalten den Klimabonus, Neugeborene erst verspätet. In den sozialen Medien feixen User, weil der Briefträger ihnen zehn Sodexo-Gutscheine à 50 Euro ausgehändigt hat, obwohl ihre Kontodaten beim Finanzamt liegen. Wann das Geld kommt, ist Glückssache: Pro Tag werden nur 360.000 Zahlungen, davon 300.000 Überweisungen und 60.000 Postsen-

dungen, angewiesen, die Prozedur wird sich noch bis in den Oktober ziehen.

Auszahlungswirrwarr, sozialpolitischer Blindflug, Gießkannenprinzip: Man kennt das noch von den Corona-Hilfen. Im ORF-Report gefragt, warum man die Entlastungspakete nicht maßschneidert, zieht ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner einen beliebten Politiker-Joker: Die Daten geben es nicht her. Die Qualität sei schlecht, eine Verknüpfung schwierig.

Die Politik ist willig, doch die Datenlage ist rar? So einfach ist es nicht.

In Österreich sind viele Daten verfügbar, sie werden nur unkoordiniert erhoben

In Sachen E-Governance gehört Österreich dahin, wo sich die Regierung gern verortet: in die EU-Spitze. Die elektronische Gesundheitsakte Elga, Finanz Online, die automatische Auszahlung der Familienbeihilfe: Zahlreiche Projekte gelten als Vorbild, 94 Prozent aller Behördenleistungen können online erledigt werden. Im internationalen Vergleich seien auch relativ viele Daten über die Bürger verfügbar, sagt der Wirtschaftswissenschaftler Harald Oberhofer von der WU Wien. »Sie werden nur sehr unkoordiniert erhoben, erfasst und weiterverarbeitet.« Oberhofer setzt sich seit Jahren dafür ein, dass die Forschung leichteren Zugriff auf öffentliche

Daten erhält. Er hält eine übergreifende Datenbank, mit der etwa Meldedaten und Einkommensverhältnisse verknüpft werden, für die beste Lösung für zielsichere Sozialpolitik: »Man hätte einmal eine große Investition und viel Aufwand. Aber wenn man das gut macht, kommt man damit sehr weit.«

Ein zentraler Speicher mit allen verfügbaren Daten über jede Person existiert bisher nicht – zu nah wäre das an der Schreckensvision des gläsernen Menschen. Damit so eine Plattform auch nicht durch den Austausch zwischen Behörden entstehen kann, werden statistische Informationen in Österreich bisher in »bereichsspezifische Kennziffern« eingeordnet. Sie dürfen nur für bestimmte Aufgaben gesammelt und verarbeitet werden, die jeweils eine eigene rechtliche Grundlage benötigen. Sie zu verknüpfen ist möglich, aber schwierig. Ein Grund, warum das Klimaministerium den Aufbau der Datenbank für den Klimabonus mit insgesamt 8.625.465 Einträgen aus Innen-, Finanz-, Sozialministerium und Pensionsversicherung an eine externe IT-Firma ausgelagert hat – zum Entsetzen von Datenschützern und Opposition.

Im Falle der Strompreisbremse stellt sich das Problem der »Datenqualität«, das Finanzminister Magnus Brunner anspricht, weniger komplex: Die Energieversorger verfügen zu oft über fehlerhafte Adressen. Ein Buchstabe zu viel, ein

Leerzeichen an der falschen Stelle, schon läuft der Abgleich mit dem Zentralen Melderegister schief, und der Datensatz wird unbrauchbar. So wird es schwer, automatisiert festzustellen, wie viele Menschen in einem Haushalt gemeldet sind, und so die Förderung nach Haushaltsgröße zu staffeln.

Das Finanzministerium arbeite an einem Tool für »zielgerichtete Auszahlungen«

Ganz zu schweigen von einer sozialen Abstufung – dafür müssten die Einkommensdaten der Kunden an die Energieversorger gehen. Staatliche Daten in den Händen von Privaten: ein absolutes No-Go für Datenschützer. »Da sehen wir massives Missbrauchspotenzial«, sagt der Netzaktivist Thomas Lohninger von Epicenter.works, einem Verein, der sich vor allem gegen die Vorratsdatenspeicherung wehrt. Die Konzerne könnten etwa reiche Kunden mit Werbung bombardieren und Risikokunden vergraulen.

Muss sich die Politik also entscheiden: Datenschutz oder soziale Gerechtigkeit? Diese Diskussion könnte bald aufflammen. Denn wie das Finanzministerium auf Anfrage mitteilt, wird dort gerade an einem Tool gearbeitet, mit dem »zielgerichtete Auszahlungen möglich werden«.

Grundlage könnte der Registersystemverbund sein, eine Plattform, die schon jetzt Informatio-

nen aus Behörden-Datenbanken abfragt und an autorisierte Nutzer verteilt. Eine Schnittstelle also statt einer Superdatenbank. »Unter Einhaltung aller datenschutzrechtlichen Standards«, wie das Ministerium betont. Wie das Instrument genau aussehen soll, wann es fertig sein wird, welche Informationen – etwa über Einkommenssituation, Sozialhilfebezug oder die Rundfunkgebühren-Befreiung – einfließen sollen, all das verrät das Ministerium nicht.

Kommt es wirklich, erfüllt sich damit eine langjährige Forderung etwa des Wirtschaftsforschungsinstituts Wifo, endlich die »immer wiederkehrende Frage nach einer effektiven und raschen Entlastung (...) besonders betroffener Haushalte« zu lösen. Dass es so lange dauert, führt Wirtschaftswissenschaftler Oberhofer auf die politische Binnenlogik zurück: »So eine Infrastruktur ist politisch nur schwer zu vermarkten, weil sie schnell als selbstverständlich hingenommen wird.«

Tatsächlich wäre es für die Grünen schwerer gewesen, den Klimabonus als ihren politischen Erfolg zu verkaufen, wenn die Zahlung geräuschlos über ein zentrales Entlastungs-Tool des Bundes abgewickelt würde – statt begleitet von Infopost und Inseraten mit freundlichen Grüßen der Ministerin. Wie genau die Bürgerinnen und Bürger entlastet werden, ist eben nicht zuletzt eine Frage der politischen Prioritäten.

ANZEIGE

RÜCKGRAT ERKENNT MAN AM HANDGELENK.

Die Iron Walker von Wempe ist die Essenz einer zeitlos modernen und zugleich sportlichen Uhr. Reduziert auf das Wesentliche und kompromisslos in der Verarbeitung, wird sie höchsten Ansprüchen gerecht, weil sie an einem Ort gefertigt wurde, der wie kein zweiter in Deutschland für exzellente Uhrmacherkunst steht: Glashütte in Sachsen.

WEMPE
IRON WALKER

Glashütte I/SA | Automatik Chronograph | Edelstahl | Geprüftes Chronometer | 3.995 €

1010 WIEN, KÄRNTNER STRASSE 41, T 01 512 33 22
UND AN DEN BESTEN ADRESSEN DEUTSCHLANDS UND IN NEW YORK, PARIS, LONDON, MADRID - WEMPE.COM
GERHARD D. WEMPE GMBH & CO. KG, STEINSTRASSE 23, 20095 HAMBURG